

Niederländische Europapolitik und
europäische Integration von der Unterzeichnung der
Römischen Verträge bis zum Ende des Kalten Krieges
(Dissertationsprojekt)

Für die Wahrnehmung eines Landes durch andere Staaten spielt nicht zuletzt dessen Außenpolitik eine zentrale Rolle. Einen direkten Einblick in politische Entscheidungsprozesse in den Niederlanden bekommen dessen Partnerländer innerhalb der Europäischen Union vor allem durch deren europapolitische Entscheidungen und Zielsetzungen. Es kann also auch aus deutscher Perspektive nicht falsch sein, sich intensiver mit den Grundlagen eben dieser geführten Europapolitik auseinander zu setzen, um das Bild eines Landes, mit dem man eng zusammenarbeitet, zu ergänzen oder bei Bedarf zu revidieren.

Interessant ist der Blick auf die niederländische Europapolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus mehreren Gründen. Die Niederlande sind seit den Anfängen der europäischen Zusammenarbeit eine der treibenden Kräfte des Integrationsprozesses gewesen. Bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges übernahmen sie alleine oder in Zusammenarbeit mit den Partnern im Benelux-Verband eine führende Rolle bei der Institutionalisierung der Zusammenarbeit auf dem (west-)europäischen Kontinent. Im Europa der sechs Gründungsstaaten, in dem Deutschland außenpolitisch in vielen Bereichen noch die Hände gebunden waren und Italien innen- wie auch wirtschaftspolitisch nach Stabilität rang, konnten die Niederländer als größtes Land in der Gruppe der ‚Kleinen‘ (Belgien, Niederlande, Luxemburg) verhältnismäßig viel Einfluß ausüben. Die niederländische Außenpolitik war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor allem von zwei Leitmotiven geprägt: von der Wiederherstellung der eigenen Sicherheit und vom Wiederaufbau der Wirtschaft. Der Schock des deutschen Einfalls in die neutralen Niederlande am 10. Mai 1940 und das Trauma der im Mai 1945 zu Ende gegangenen Besatzungszeit führte in den Niederlanden nach Kriegsende verständlicherweise zuerst zu dem Wunsch nach zukünftiger Sicherheit vor Deutschland. Schon während der Besatzungszeit begann sich jedoch in dem traditionellen Handelsland das Bewußtsein zu bilden, daß eine Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland sowie die wirtschaftliche Gesundung des Nachbarn nach Ende des Krieges notwendige Voraussetzungen waren, um das eigene Land wiederaufzubauen.¹

Die Gelegenheit, die Realisierung dieser beiden Ziele miteinander zu vereinbaren, bot die beginnende Bündnisformung der europäischen Länder. Während die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO seit April 1949 militärische Sicherheit bot, brachte die beginnende wirtschaftliche Integration, die Gründung der OEEC im April 1948 sowie die Gründung der EGKS² im April 1951 Hoffnung auf die Entstehung eines großen europäischen Wirtschaftsraumes, der sich auf die exportorientierte Wirtschaft der Niederlande besonders positiv auswirken würde. Die Niederlande waren Gründungsmitglied aller drei Organisationen. Selbstverständlich war dieser Anschluß nicht. Die Niederlande waren vor dem Zweiten Weltkrieg ein neutrales Land, das nicht gewohnt war, Bündnisse mit anderen Ländern einzugehen. Das Land verfügte bis zu diesem Zeitpunkt über keine Tradition einer aktiven Außenpolitik. Darüber hinaus hatten die Niederländer als Seenation den Blick in den letzten Jahrzehnten eher über den Atlantik als auf den Kontinent gerichtet. Der sich nach Kriegsende schnell abzeichnende Bruch zwischen den westlichen Alliierten und Rußland und die damit verbundene Teilung Europas in einen östlichen und einen westlichen Einflußbereich fügte der politi-

¹ Vgl. F. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945*, Münster 2000, S. 23 f. Wielenga zitiert hier den späteren Sozialminister (1945–1948) und Ministerpräsidenten der Niederlande (1948–1958) Willem Drees, der nach seiner Inhaftierung im Konzentrationslager Buchenwald 1940/41 einer der führenden niederländischen sozialdemokratischen Widerstandskämpfer war.

² OEEC: Organization for European Economic Cooperation; EGKS: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

schen Lage eine neue Bedrohung, diesmal von seiten der Sowjetunion, hinzu. Dies bestärkte die Niederlande in ihrer Politik des Anschlusses an die NATO, darüber hinaus ermöglichte die ablehnende Haltung der Sowjetunion zum Europäischen Wiederaufbau-Programm den Niederlanden gemeinsam mit Belgien und Luxemburg auf der Pariser Konferenz zum Marshallplan 1947 zum ersten Mal eine aktive Einflußnahme in die internationale Politik.³ Auch in den folgenden Jahren wurde deutlich, daß die europäische Blockbildung zu einer Zunahme der Einflußmöglichkeiten der kleineren westeuropäischen Länder führte. Die Niederlande nutzten diese neuen Möglichkeiten, um so weit wie möglich eigene Interessen zu vertreten. So machten sie in den Anfangsjahren der europäischen Zusammenarbeit immer wieder deutlich, daß sie zwar gerne ein Motor der Integration waren, von der geplanten Zusammenarbeit jedoch durchaus spezielle Vorstellungen hatten. Die Niederlande, und zwar mit einer breiten Mehrheit im Parteienspektrum, waren nicht bereit, Integrationsplänen auf dem Kontinent zuzustimmen, von denen sie befürchteten, diese würden die Zusammenarbeit im Nordatlantischen Bündnis gefährden. Diese NATO-Prämisse bleibt bis zum Ende der im Dissertationsprojekt zu untersuchenden Periode der wichtigste bestimmende Faktor niederländischer Außenpolitik. Darüber hinaus legte man in Den Haag immer wieder Wert darauf, eine mögliche deutsche oder französische Dominanz in der europäischen Zusammenarbeit zu vermeiden. Aus diesem Grund setzte man vor allem auf eine supranationale Integration, von der man sich bessere Einflußmöglichkeiten für kleinere Staaten versprach als von einer Zusammenarbeit auf Regierungsebene.

In dem Dissertationsprojekt soll der Zeitraum nach der ersten frühen Phase des Beginns der europäischen Zusammenarbeit bis zum Fall der deutschen Mauer untersucht werden. Der Ost-West-Konflikt, der vom heutigen Standpunkt aus als ein geschlossener Zeitraum der internationalen Beziehungen gesehen werden kann, bildet den zeitlichen Rahmen der Untersuchung. Alle Entscheidungen, die im Bereich der europäischen Integration getroffen werden, werden determiniert durch den äußeren Rahmen des Kalten Krieges. So kann nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs innerhalb der Europäischen Union von einer Zeitenwende gesprochen werden.

Die zentrale Fragestellung der Arbeit stützt sich auf die Annahme, daß die Niederlande als Kleinstaat auf dem europäischen Kontinent keine unabhängige Außenpolitik führen können. Aufgrund ihrer Größe, ihrer geographischen Lage und ihrer wirtschaftlichen Situation sind die Niederlande immer von anderen, in der Regel größeren Ländern abhängig. Die geführte Außenpolitik ist somit immer eine Reaktion auf die Politik anderer Länder. Im Untersuchungsgebiet und -zeitraum sind dies vor allem die großen drei westeuropäischen Länder: die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Darüber hinaus spielt auch die amerikanische Außenpolitik, als Sicherheitsgarant für Westeuropa, eine zentrale Rolle. In der geplanten Untersuchung soll also vor allem die Reaktion der niederländischen Europa-

³ Vgl. dazu F. WIELENGA, *Konsens im Polder? Politik und politische Kultur in den Niederlanden nach 1945*, in: DERS./I. TAUTE (Hrsg.), *Länderbericht Niederlande. Geschichte – Wirtschaft – Gesellschaft*, Bonn 2004, S. 60 f.

politik auf die Europapolitik der ‚Großen Drei‘ hin untersucht werden. Die Frage, wie es die Niederlande schaffen, in der Reaktion auf die Politik Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens eigene Interessen zu verfolgen und durchzusetzen, bildet den roten Faden der Forschungsarbeit.

Darüber hinaus soll untersucht werden, welche Positionen die niederländischen Regierungen innerhalb der oben genannten Entwicklungen einnehmen, welche Schwerpunktsetzung und Veränderungen in der Außen- und Europapolitik stattfinden und welche Leitlinien gefunden werden können. Können die Niederlande als kleines Land aktiver Gestalter sein, und inwieweit nimmt der Einfluß der Niederlande mit der Erweiterung der Gemeinschaften ab? Weiterhin sollen die Fragen beantwortet werden, inwieweit versucht wird, politische Ziele zu erreichen und inwiefern dies tatsächlich gelingt.

Die sechziger, siebziger und achtziger Jahre lassen sich aus der Sicht der europäischen Integrationsgeschichte am besten durch zwei Jahre eingrenzen: Die Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahr 1957 und die Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte im Jahr 1986. Die Jahre zwischen 1986 und 1990 sind geprägt vom Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion, der Suche nach einer gemeinsamen politischen Linie im Umgang mit der deutschen Wiedervereinigung sowie mit den Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas und dem KSZE-Prozeß. Die Jahrzehnte zwischen den beiden Rahmendaten 1958 und 1986 bilden eine Zeit, die geprägt ist von der schrittweisen Vertiefung der Integration. Nicht nur die Institutionalisierung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet entwickelte sich, sondern auch die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) nimmt einen immer wichtiger werdenden Platz ein. 1983 deklarieren die inzwischen zehn Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften auf dem Stuttgarter Gipfel, die Europäische Union errichten zu wollen, und 1992 tritt diese mit der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht in Kraft. Neben der Institutionalisierung und Ausweitung der Zusammenarbeit kann auch die Erweiterung der Gemeinschaft (um Großbritannien, Irland und Dänemark im Jahr 1973, um Griechenland im Jahr 1981 und um Spanien und Portugal im Jahr 1986) als Zeichen für die Erfolgsgeschichte europäischer Zusammenarbeit gewertet werden. Gerade die Diskussion um die Erweiterung um Großbritannien brachte die Gemeinschaften in den sechziger Jahren jedoch so stark in die Krise, daß deren Zukunft ernsthaft gefährdet war. Von Krisen geprägt ist die europäische Zusammenarbeit seit ihren Kindertagen. Unterschiedliche Auffassungen über die Form der Integration und das Aussehen des zukünftigen Europas spielen vor allem in den ersten Jahrzehnten der Zusammenarbeit eine große Rolle. Europessimismus und -optimismus wechseln sich immer wieder ab, und hinsichtlich der anwachsenden Brüsseler Gemeinschaftsbürokratie spricht man zu Beginn der achtziger Jahre von ‚Eurosklerose‘. Dennoch hat sich die Europäische Gemeinschaft am Ende der achtziger Jahre zum ‚Kristallisations- und Orientierungspunkt des Europas von morgen‘ entwickelt, das durch seine Existenz sowie die Bereitschaft der osteuropäischen Staaten, ihre Systeme von Grund auf zu reformieren,

den Prozeß der Annäherung im durch den Kalten Krieg geteilten Europa erst in Gang brachte.⁴

In den letzten Jahren wendet sich die zeitgeschichtliche Forschungslandschaft stärker der europäischen Integrationsgeschichte zu. Während zu diesem Zeitpunkt vor allem Detailstudien zu einzelnen Politikbereichen oder Institutionen der Europäischen Union vorliegen, fehlt es an zeithistorisch fundierten Gesamtdarstellungen sowie an Studien zur Entwicklung der Europapolitik einzelner Länder. Die allgemeine Zeitgeschichte blendet die EU-Geschichte bisher mehr oder weniger aus. Die Europäischen Gemeinschaften wurden unter Historikern lange Zeit kaum als übergreifende Kategorie oder eigenständiger Entwicklungspfad diskutiert, sondern nur als Randerscheinung oder Ergänzung der europäischen Nationalgeschichten begriffen.⁵

Anschließend an diese Entwicklung soll die vorliegende Arbeit die Forschungslücke im genannten Untersuchungszeitraum und -gebiet für die Niederlande schließen. Während für die frühe Phase der europäischen Integration nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges für die Niederlande bereits relativ ausführliche, wenn auch zum Teil ältere Studien vorliegen,⁶ fehlen diese noch weitgehend für die Zeit zwischen 1958 und 1990. Einzelne Ereignisse sind von der Forschung in der Form von Aufsätzen bereits untersucht worden. Eine umfassende Studie für diesen Zeitraum ist jedoch bislang noch nicht vorgelegt worden. Für die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges ist hingegen auf die im Jahr 2004 abgeschlossene Dissertation von Sven Pastoors zu verweisen, die sich ebenfalls als Gesamtdarstellung der Europapolitik der Niederlande, aus politikwissenschaftlicher Perspektive, für ihren Untersuchungszeitraum versteht.⁷

Zur Untersuchung niederländischer europapolitischer Konzeptionen und Strategien von 1958 bis 1989/90 ist eine systematische Auswertung der zur Verfügung stehenden Quellenmaterials notwendig. Für ihre Magisterarbeit⁸ hat die Autorin bereits eine umfassende Quellensammlung zur niederländischen Europapolitik der sechziger Jahre angelegt. Zusammengestellt wurde

⁴ Vgl. dazu C. GASTEYGER, *Europa von der Spaltung zur Einigung. Darstellungen und Dokumentationen 1945–2000*, Bonn 2001, S. 337 ff.

⁵ Vgl. dazu J. MITTAG, *Die Entdeckung der EU-Integrationsgeschichte? Neue Gesamtdarstellungen und Forschungstrends*, in: *integration* 3 (2003), S. 251–257.

⁶ Vgl. R.T. GRIFFITH (Hrsg.), *The Netherlands and the Integration of Europe 1945–1957*, Amsterdam 1990; A.E. KERSTEN, *Maken drie kleine een grote? De politieke invloed van de Benelux 1945–1955*, Alphen aan den Rijn 1981; E.S.A. BLOEMEN, *Het Benelux-effect. België, Nederland en Luxemburg en de integratie van Europa, 1948–1957*, Amsterdam 1992; W. WOYKE, *Erfolg durch Integration. Die Europapolitik der Benelux-Staaten von 1947 bis 1969*, Bochum 1985.

⁷ S. PASTOORS, *Anpassung um jeden Preis? Die Europapolitischen Strategien der Niederlande in den 1990er Jahren*, Dissertation Westfälische Wilhelms-Universität Münster 2004, erscheint 2005 in der Reihe *Niederlande-Studien* unter dem Titel *Von Maastricht bis Laeken. Die europäische Konzeptionen und die Europapolitik der Niederlande in den neunziger Jahren*.

⁸ K. GARVERT, *Vollendung, Vertiefung, Erweiterung. Deutschland und die Niederlande auf dem Europäischen Gipfel in Den Haag 1969*, unveröffentlichte Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster 2004.

diese Sammlung sowohl im Archiv des niederländischen Außenministeriums sowie im niederländischen Nationalarchiv. Zur Zeit ist geplant, diese Sammlung in beiden genannten Archiven je nach Zugänglichkeit der Quellen um die siebziger und achtziger Jahre zu ergänzen. Danach sollen die Akten des niederländischen Außenministeriums, der wichtigsten Botschaften und die Archive wichtiger, mit der niederländischen Europapolitik in Zusammenhang stehender Politiker behandelt werden. Darüber hinaus sollen Quellen auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaften für die Untersuchung herangezogen werden. In jedem Fall in die Untersuchung einbezogen werden soll die Quellensammlungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, die im *Europa-Archiv*⁹ veröffentlicht werden. Die Forschungsergebnisse sollen gegen Ende des Jahres 2006 schriftlich vorgelegt und anschließend publiziert werden.

Mit dieser Arbeit soll ein umfassender Überblick über die niederländische Europapolitik, deren Entscheidungsträger und deren Rezeption in den Nachbar- und Partnerländern geben werden. Nicht nur für einen niederländischen, sondern vor allem auch für einen deutschen Leserkreis sollen so die Grundlagen und Hintergründe niederländischer Europapolitik aufgezeigt werden. Diese Erkenntnisse können unter Umständen zum besseren Verständnis aktueller politischer Entscheidungen beitragen

Katharina Garvert

⁹ DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK (Hrsg.), *Europa-Archiv/Dokumente – Zeitschrift für internationale Politik*, Bonn (17.1962 - 49.1994), seit 50.1995: *Internationale Politik. Europa-Archiv*, Bielefeld.